

Kontaktperson

René Walther
Telefon direkt 071 447 61 01
E-Mail rene.walther@arbon.ch

A-Post+

- Grüne Arbon
Frau Cornelia Wetzel Togni
Seemoosholzstrasse 12
9320 Arbon
- SP Arbon
Herr Felix Heller
Bahnhofstrasse 13
9320 Arbon

Arbon, 19. Februar 2025

Petition "Autofreies Seeufer"

Beantwortung

Sehr geehrte Frau Wetzel Togni
Sehr geehrter Herr Heller

Herzlichen Dank für die Einreichung Ihrer Petition. Sie fordern die Aufhebung der Parkplätze am Wöschplatz und am Adolph-Saurer-Quai, damit der gewonnene Freiraum öffentlichen Nutzungen (Aufenthalt und Freizeitnutzung) oder gastronomischen Nutzungen zugutekommen kann. Sie begründen diese Forderung damit, dass das Seeufer von Arbon zum Schönsten gehöre, was Arbon zu bieten hat. Die Aufhebung der Parkplätze trage wesentlich zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität beziehungsweise der Erhöhung der Verkehrssicherheit bei.

Der Stadtrat nimmt die Petition zur Kenntnis und möchte wie folgt dazu Stellung nehmen:

Parlamentarierin Linda Heller, SP, hat mit der Einreichung einer Interpellation für die Reduzierung von Autoparkplätzen am Seeufer dieses Anliegen bereits thematisiert. Mit der Beantwortung vom 8. Januar 2024 nahm der Stadtrat bereits ausführlich Stellung. Wir bedauern, dass das Parlament die Chance für eine Diskussion und somit für die politische Auseinandersetzung und Erzeugung eines Stimmungsbildes nicht genutzt und keine Diskussion beschlossen hat. Deshalb erlauben wir uns an dieser Stelle punktuell nochmals auf gewisse Punkte einzugehen.

Wie in der damaligen Beantwortung dargelegt, teilt der Stadtrat die Ansicht, dass das Seeufer ein wertvolles Gut in Arbon ist und dass am Wöschplatz beziehungsweise vor der Badi und am Adolf-Saurer-Quai zu Stosszeiten an einigen Tagen gewisse Einschränkungen bezüglich der Verkehrssicherheit bestehen. Auch sieht es der Stadtrat als unbestritten an, dass die Parkplätze am Wöschplatz beziehungsweise am Adolf-Saurer-Quai anderen, attraktiveren öffentlichen Nutzungen, Platz machen sollen.

Dem Ansinnen, den Raum der Parkplätze alternativ zu nutzen, stehen aber auch andere öffentliche Interessen gegenüber. So gibt es Interessensgruppen, welche eine gewisse Erschliessung einer öffentlichen Anlage (wie zum Beispiel der Badi) und die Zurverfügungstellung einer gewissen Anzahl von Parkmöglichkeiten fordern. Ebenso erachten es bestimmte Interessensgruppen als eine Schwächung der Standortgunst, wenn zu wenig



oder gar keine Parkplätze im näheren Bereich von öffentlichen Attraktoren liegen. Dies geht aus Kommentaren in den sozialen Medien, Leserbriefen und aus einzelnen Bemerkungen der Unterschriftensammlung hervor.

Es ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Befreiung der neuralgischen Orte am Seeufer vom ruhenden Verkehr ein erklärtes Ziel der Stadtplanung ist. So sind entsprechende Projekte beziehungsweise Massnahmen in der Masterplanung Seeufer wie auch in anderen Planungsgrundlagen zu finden. Zentrale Fragen welche polarisieren sind, ob und in welchem Masse Parkplätze bei der Aufhebung kompensiert werden sollen und wann der richtige Zeitpunkt für die entsprechenden Massnahmen ist. Aus Sicht des Stadtrates sind dies hoch politische Fragen, welche im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung geklärt werden müssen.

Die Aufhebung von Parkplätzen ist eine Verkehrsanordnung und muss verschiedene öffentlich-rechtliche Mitwirkungsverfahren durchlaufen. Der Stadtrat hat dem Anliegen Rechnung getragen, indem die entsprechenden Massnahmen in den Stadtentwicklungsplan (STEP) aufgenommen hat, welcher zurzeit in einer vorberatenden Kommission des Parlamentes beraten wird. Darin ist auch eine temporäre Umnutzung des Wöschplatzes enthalten. Eine entsprechende Planung für eine Zwischennutzung soll als Diskussionsgrundlage im Laufe des 2025 an die Hand genommen bzw. ausgearbeitet werden.

Weiter wird in Betracht gezogen, die wesentlichen Elemente aus dem Stadtentwicklungsplan, welche das Seeufer betreffen, in einen Richtplan zu giessen. Im Richtplanverfahren könnten eben genau diese politischen Diskussionen weitergeführt und Massnahmen behördenverbindlich festgelegt werden. Damit hat der Stadtrat legitimierte Planungssicherheit für die langfristige Umnutzung bzw. Umgestaltung des Wöschplatzes und des Adolf-Saurer-Quais.

Somit kann festgehalten werden, dass die Forderung der Petition beim Stadtrat auf offene Ohren stösst. Lediglich über den Zeitpunkt und das Verfahren sowie den Umfang der konkreten Massnahmen ist noch ein politischer Diskurs notwendig. Dieser wird mittels Stadtentwicklungsplan, Planung Zwischennutzung sowie einer geplanten Richtplanung angestossen.

Freundliche Grüsse

René Walther
Stadtpräsident

Alexandra Wyprächtiger
Stadtschreiberin